

März 2026

WAHLMONITOR **iep**

Parlamentswahl

Dänemark

Mads Jedzini



1. Wahlergebnisse

Die Wähler:innen in Dänemark haben ein fragmentiertes und thematisch etwas diffuses Parlament gewählt. 12 Parteien haben es über die 2-Prozent-Sperrklausel geschafft, die meisten Parteien sind aber vergleichsweise klein: Abgesehen von den monothematischen Kleinparteien Alternativet (Thema: Klima) und Borgernes Parti (Thema: Bürgerrechte) haben die meisten Parteien zwischen fünf und zehn Prozent der Stimmen eingefahren. Die Rede ist zum Teil von einer „Niederlandisierung“ der dänischen Politik mit Verweis auf die traditionelle Parteienvielfalt des niederländischen Parlaments.

Nur die Sozialdemokraten haben breitere Wählerschichten erreichen können und sind mit über zwanzig Prozent größte Partei geblieben. Dennoch dürften sie nur zähneknirschend auf das Wahlergebnis blicken: Obwohl die Partei aller Wahrscheinlichkeit nach weiterhin die Ministerpräsidentin stellen wird, hat sie das schlechteste Ergebnis seit 1903 eingefahren. Auch die liberal-konservative Partei *Venstre*, sonst über lange Jahre hinweg die große Mitte-rechts-Partei und Hauptkontrahenten der Sozialdemokraten, hat schwer eingebüßt und das schlechteste Ergebnis seit ihrer Gründung eingefahren.

Es scheint derzeit völlig unklar, wer das Mitte-rechts-Lager führen wird. Ein Kandidat ist die *Dansk Folkeparti* vom äußersten rechten Rand, die ein sehr gutes Ergebnis geholt hat und ihre Stimmzahl verdreifachen konnte. Diese Wähler:innen setzen sich vermutlich aus enttäuschten Sozialdemokrat:innen und ehemalige Wähler:innen der *Danmarksdemokraterne* zusammen. Dabei bleibt festzuhalten, das Narrativ, man

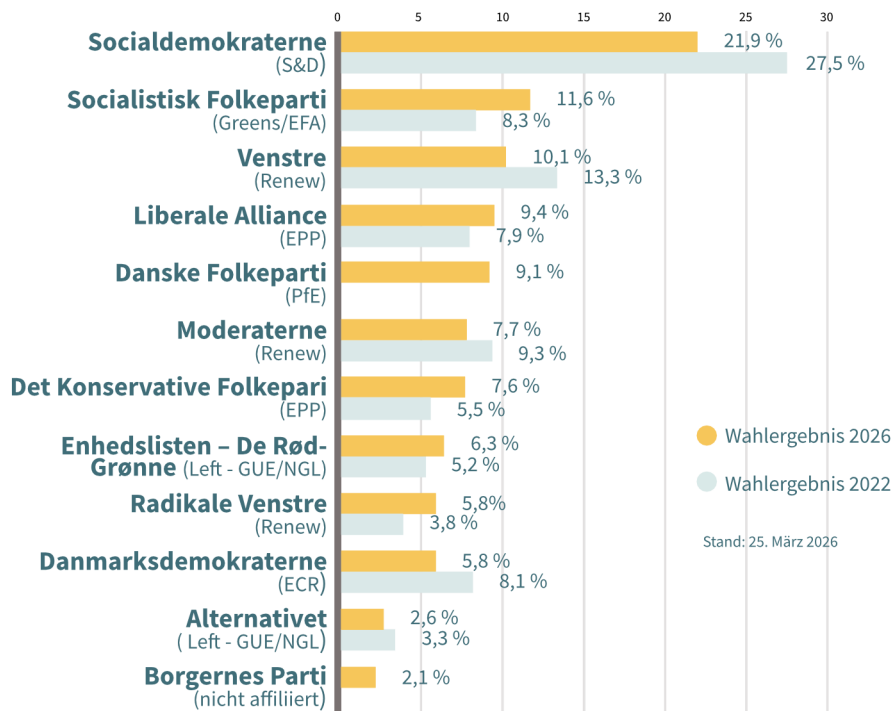
könne durch die Verankerung einer strikten Migrationspolitik in der politischen Mitte die Rechte dezimieren, hat sich bei dieser Wahl nicht bestätigt. Insgesamt kommen die rechten Parteien – *Dansk Folkeparti*, *Danmarksdemokraterne* und *Borgernes Parti* – auf 17 Prozent der Wählerstimmen, was in etwa dem Niveau anderer rechten Parteien in Europa entspricht. Königsmacher wird der derzeitige Außenminister Lars Løkke Rasmussen der zentristischen Partei *Moderaterne*, die trotz sehr schlechter Umfragewerte letztlich nur einen kleinen Rückgang zu verzeichnen hat. Dies hängt womöglich mit Løkkes Rolle in der Grönlandkrise und als Außenminister insgesamt zusammen, die vielfach positiv aufgenommen wird.

Insgesamt haben sich die Machtverhältnisse also nicht grundsätzlich verschoben. Zwar haben die Regierungsparteien Wähler:innen an ihre jeweiligen Lager verloren, aber eine neue Regierung wird weiterhin nur in der Mitte möglich sein. Es bleibt abzuwarten, ob diese Auflockerung der Lagerstruktur der dänischen Politik von dauerhafter Natur ist.

Die Wahlbeteiligung lag auf dem niedrigsten Niveau seit 35 Jahren, ist aber im europäischen Vergleich immer noch vergleichsweise hoch: 84 Prozent der Däninnen und Dänen sind zur Wahl gegangen. Der Rückgang ist dabei eher auf Veränderungen der Wahlkreise und eine damit verbundene gesunkene Praktikabilität etwa durch längere Anfahrten zu Wahllokalen zurückzuführen als auf einen anhaltenden politischen Trend.

2. Regierungsbildung

Aufgrund der Parteienvielfalt des neuen Parlaments scheint



eine Regierungsbildung schwierig zu werden. Weder links noch rechts ist eine Mehrheit zu verzeichnen, sodass der Zentrist Lars Løkke Rasmussen eine Schlüsselrolle spielen wird. Am wahrscheinlichsten ist eine Form der Minderheitsregierung, was in Dänemark Tradition hat. Ob eine neue Koalition ggf. nach links oder nach rechts schieben wird, ist jetzt noch nicht abzusehen. Viele Parteien haben sich gegenseitig ausgeschlossen, können aber je nach Umständen auch wieder zusammengebracht werden. Etwa *Venstre*, aktuell Teil der Regierung, scheint einer neuerlichen Beteiligung in einer Koalition kritisch gegenüberzustehen, wenn es keine bürgerliche Regierung werden kann.

Eine Option könnte ein Mitte-links-Bündnis sein – bestehend aus Sozialdemokraten, der linksgrünen *Socialistisk Folkeparti*, der sozialliberalen *Radikale Venstre* und der zentristischen *Moderaterne* von Lars Løkke. Eine solche Regierung müsste aber je nach Sachlage entweder Stimmen von der linken *Enhedslisten* oder von einer der bürgerlichen Parteien holen. Beides dürfte schwierig werden – insbesondere, da Teile der bürgerlichen Parteien politische Vorstellungen hegen, die recht weit von den Positionen etwa der Sozialdemokraten oder der *Socialistisk Folkeparti* liegen, während die *Enhedslisten* wohl ungern einen liberal-reformistischen Kurs der *Radikale Venstre* oder der *Moderaterne* mittragen würde.

3. Europapolitische Auswirkungen

Aller Wahrscheinlichkeit nach wird es zu keinen merklichen Änderungen in der dänischen Europa- und Außenpolitik kommen. Es gibt einen breiten Konsens in fast allen

Parteien über den bisherigen Kurs: engagierte Unterstützung der Ukraine, Aufrüstung der dänischen und europäischen Streitkräfte, Stärkung der europäischen Souveränität, Betonung der notwendigen Verbindung zwischen Wettbewerbsfähigkeit und Dekarbonisierung sowie eine strikte Migrationspolitik auch auf europäischer Ebene. In keiner vorstellbaren Koalition würden diese Grundpfeiler unter Druck geraten. Dies erklärt schließlich auch, warum außenpolitische Themen – darunter die Grönlandkrise – so gut wie keine Rolle im Wahlkampf gespielt hatten: Es gibt einfach wenig, worüber man politisch streiten könnte. Dafür wird Mette Frederiksen zur dezidierten Veteranin unter den europäischen Regierungschef:innen, lediglich Viktor Orbán (2010), Emmanuel Macron (2017) und Pedro Sánchez (2018) regieren aktuell länger als Frederiksen.

Dabei ist dennoch nicht vorhersehbar, welche neuen innenpolitischen Dynamiken nach Bildung der neuen Koalition entstehen, und inwieweit diese dann auch die Europa- und Außenpolitik beeinflussen werden. Es scheint möglich, dass Teile einer neuen Opposition gewisse Aspekte der dänischen Außenpolitik als Kritikfläche nutzen könnten. Dies ist aber rein spekulativ und es ist ebenfalls unklar, ob das auch auf die Bevölkerung durchschlagen würde.

Über den Autoren

Mads Jedzini ist Zeithistoriker und Politologe. Er arbeitet als Analytiker und Forscher im europapolitischen Think Tank EUROPA und an der Universität Kopenhagen, wo er zur politischen Zeitgeschichte Europas forscht.

Über den EU Wahlmonitor

Der EU-Wahlmonitor des IEP begleitet und beleuchtet die innereuropäischen Wahlen mit Factsheets, Hintergrundinformationen, Kurzinterviews und Wahlanalysen. Das IEP fördert damit die transnationale Debatte zu europapolitischen Themen.

Über das IEP

Das IEP ist seit 1959 als gemeinnütziger Verein im Bereich der europäischen Integration tätig. Es ist eines der führenden Forschungsinstitute für Außen- und Europapolitik in Deutschland. Das IEP arbeitet an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik, Verwaltung und politischer Bildung. Die in dieser Publikation geäußerten Meinungen sind die des Autors/der Autoren und spiegeln nicht unbedingt die Ansichten des IEP wider.

Editor

Daniel Hegedüs

Redaktion

Jakob Burger, Julia Winter

Layout

Julia Winter, Eva-Marie Mall

ISSN: 2941-0088

Dieser Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung - nicht kommerziell - keine Bearbeitungen 4.0 International.

Unterstützt durch



iep

Institut für Europäische Politik e. V.
Bundesallee 23
10717 Berlin

info@iep-berlin.de
www.iep-berlin.de

